

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Kampf um den Panama-Kanal

Es ist ruhig geworden um den Konflikt in Panama. Zumindest im deutschen Blätterwald findet man nur selten eine kleine Meldung über die Tatsache, daß der Konflikt zwischen Panama und Washington weitergeht und daß Präsident *Johnson* mit dem mexikanischen Präsidenten *López Mateos* offenbar auch diese Frage angeschnitten hat. Oder man findet in Wochenschriften die Darstellung kühner Projekte amerikanischer Senatoren, irgendwo im amerikanischen Isthmus zwischen den beiden

Ozeanen einen neuen Kanal zu bauen; der alte Kanal in Panama sei sowieso in absehbarer Zeit zu klein, müßte also unter großem Kostenaufwand vergrößert werden. Warum dann nicht gleich einen neuen Kanal irgendwo anders bauen, wo die Leute — meint man in Washington — vielleicht weniger aufsässig sind als in Panama.

Das Projekt eines neuen Kanals, im Isthmus von Tehuantepec durch mexikanisches Gebiet zu führen, kann bereits zu den Akten gelegt werden. Unzweideutig hat der mexikanische Außenminister zu verstehen gegeben, daß Mexiko einen solchen Kanalbau durch sein Gebiet nie zulassen würde. Das weiter südlich gelegene Nicaragua ist zwar offiziellen Einflüssen aus Washington in seiner gegenwärtigen, nicht gerade sehr demokratischen, politischen Struktur eher zugänglich.

Aber ob es eine wie immer geartete nikaraguensische Regierung wagen würde, einem solchen Projekt zuzustimmen, darf füglich bezweifelt werden, selbst wenn die Verwaltung und der militärische Schutz dieses neuen Kanals anders organisiert würden, als es in dem Vertrag mit Panama vor 60 Jahren geschah. Wer in den Vereinigten Staaten derartige Projekte erwägt, hat von dem tiefgehenden Problem der antikolonialistischen Stimmungen in den Isthmus-Ländern noch nichts begriffen und ihre politische Bedeutung nicht zu erfassen vermocht. Die Kapitalsmacht der Vereinigten Staaten hat solche Stimmungen in ganz Lateinamerika seit der Jahrhundertwende erzeugt. Wenn der anonyme Unternehmer, seine Direktoren, Unterdirektoren, Techniker und Verwaltungsleute aus dem reichen Norden kommen, ist es an sich kein Wunder, daß in technisch unterentwickelten Ländern solche Stimmungen entstehen, und das um so mehr, als im spanischen und portugiesischen Sprachbereich Lateinamerikas ein sehr robustes und auch keineswegs unberechtigtes Selbstbewußtsein vorhanden ist.

In den Isthmus-Republiken sind diese Reaktionen noch stärker ausgeprägt als weiter südlich in den lateinamerikanischen Ländern. Die privilegierte Stellung nordamerikanischer Unternehmungen, die die einheimische Arbeitskraft zu niedrigen Löhnen entsprechend zu ihrem Nutzen in Anspruch nehmen, die mit eigenen Eisenbahnen, Straßen und Telefonverbindungen einen Staat in den schwach organisierten Staaten des Isthmus bilden, erhöht das antiamerikanische Ressentiment im Volksbewußtsein; gemeint sind natürlich die Nordamerikaner.

So klein diese Länder auch sind, so verschiedenartig ist dennoch ihre Bevölkerung, von den einstigen Negersklaven der atlantischen Küste, die unter sich noch mitunter Englisch, die Sprache ihrer früheren Herren, sprechen, bis zu den verschiedenen indianischen Völkergruppen beispielsweise in Guatemala. Man unterscheidet hier gerne zwischen „integrierten“ Staaten, deren Bevölkerung, zumindest im Bewußtsein und ihrer nationalen Zusammengehörigkeit, ein Ganzes bilden und solchen, wo neben der spanisch-kreolischen eine indianische Bevölkerung verschiedener Zivilisationsstufen zu finden ist. Aber auch diese Unterschiede können nicht darüber hinwegtäuschen, daß es hier gemeinsame Grundstimmungen gibt, die als politische Probleme nicht übersehen werden dürfen. Wie in allen Isthmus-Ländern spielt auch das Bananenimperium der United Fruit eine nicht geringe Rolle.

Wenn schon das Bananenimperium die sozialen Gegensätze in nationale Opposition und antikolonialistische Strömungen umsetzte, so ist dies bei dem besonderen Regime der Kanalzone, die das Land Panama in zwei Hälften zerlegt, noch weit mehr der Fall. Die

weltweite Einsicht, daß der Zug zur Entkolonialisierung nicht mehr aufzuhalten ist, hat hier ihre Grenze gefunden. Die Hemmungen, die in Washington auftreten, wenn von einer Revision des Kanalvertrages von 1903 die Rede ist, können an sich verständlich sein, zumal, wenn man die Frage rein militärisch bewertet und gleichzeitig die Angriffe *Castros* auf den Marinestützpunkt Guantánamo in Rechnung stellt. Aber nichts wäre abwegiger, als etwa diesen Stützpunkt, der in das Leben des Landes nicht eingreift, mit der Kanalzone in Panama zu vergleichen. Hier ist das Land Panama geteilt durch einen Streifen Land von zehn Kilometer Breite, in dessen Bereich kalifornisches Recht gilt und der Militärgouverneur der nordamerikanischen Truppen regiert und gleichzeitig die Panamaeisenbahn längs dem Kanal zwischen den beiden Küsten verwaltet. Da gibt es eigene Schulen, eigene Krankenhäuser, eigene Kaufläden und viele panamaische Arbeiter. Diese Arbeiter werden nach einem örtlichen Tarif entlohnt, natürlich niedriger als der der nordamerikanischen Arbeitnehmer in der Zone. Und darum herum gibt es eine überaus zahlreiche nordamerikanische Kolonie, deren Lebensstandard von dem der panamaischen Bevölkerung absticht. Die 70 000 Nordamerikaner in der Zone sind nicht nur besser bezahlt, sie bekommen zudem noch eine Ausgleichsentschädigung, obwohl das Preisniveau in Panama wesentlich niedriger ist als in den Vereinigten Staaten. Ihr Auftreten ist dementsprechend, wozu auch Rassenvorurteile noch einiges beitragen. Die spanischsprechende indianische, schwarze und Mischlingsbevölkerung der beiden Städte an den Endpunkten des Kanals, Colón und Panama, ist begreiflicherweise in stetiger gefühlsmäßiger Opposition gegen „die vom Kanal“, was sich auch dadurch nicht ändert, daß der Kanal mit seinem Betrieb und seinen Arbeitsmöglichkeiten natürlich ein wirtschaftliches Rückgrat dieses unterentwickelten und auch wirtschaftlich nicht ohne weiteres entwickelbaren Ländchens ist.

Bezeichnenderweise entzündete sich der Zwischenfall an einer ausgesprochenen Prestigefrage, der Hissung der panamaischen Fahne auf den offiziellen Gebäuden der Kanalzone. Bekanntlich ist die Republik Panama theoretisch auch im Bereich des Kanals souverän. Der Vertrag von 1903 aber sieht „für ewige Zeiten“ vor, daß die souveränen Rechte eben nicht von Panama, sondern von dem Gouverneur der Kanalzone, der seit 1939 identisch ist mit dem nordamerikanischen Militärkommandanten, ausgeübt werden. Dieser ist nicht nur dem Pentagon, sondern auch der Panama Canal Company untergeordnet; diese wiederum steht unter dem direkten Weisungsrecht des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Es gehört zur Geschichte des Kanals und dieses Vertrages, daß ihn der Senat von Kolumbien

am 12. August 1903 ablehnte. Im November des gleichen Jahres gab es daraufhin eine national-panamaische Revolution, ein Revolutionsstößen (revolucionista), wie man das in Lateinamerika zu nennen pflegt. Wenige Tage später unterzeichnete die neue Regierung des neuen Kleinstaates den Vertrag. Natürlich brachte das auch etwas ein. Nach langen Verhandlungen wurde die Pacht 1955 auf 1 930 000 Dollar jährlich erhöht, also nicht ganz zwei Dollar auf den Kopf der Bevölkerung der Republik. Man hat in Panama nachgerechnet, daß die Republik Panama seit der Inbetriebnahme insgesamt etwa 5 vH der Einnahmen der Kanalverwaltung erhält, die demnach nicht nur eine strategische Position, sondern auch ein gutes Geschäft verwalte. Wenn man in Rechnung stellt, welche bedeutenden Vorteile die internationale und die nordamerikanische Schifffahrt durch die Existenz des Kanals hat, so ist die Pachtsumme natürlich unbefriedigend. Auch das trägt zu den Spannungen nationalpolitischer Färbung am Ort, also zwischen den beiden Kanalstädten Colon und Panama und der Zone, bei. Diese Spannungen sind keineswegs von gestern und vorgestern. Seit dem Beginn des Kanalregimes haben sie sich angesammelt. Unmittelbar nach dem Krieg fanden sie ihren Ausdruck darin, daß die Nationalversammlung gegen Präsident und Regierung den Vertrag ablehnte, der den Vereinigten Staaten die Beibehaltung von 14 während des Weltkrieges entstandenen Flugzeugstützpunkten zusicherte. Man war dann in Washington einsichtig genug, dieses Votum zu respektieren. Seither haben sich die strategischen Gegebenheiten einer „Verteidigung“ des Kanals im Kriegsfall entscheidend geändert. Gegen interkontinentale Raketen wird er nicht zu schützen sein. Daher könnte man vermutlich einen guten Teil der jetzigen Verteidigungsmaßnahmen abbauen. Die Fragen, die heute zu lösen sind, haben vorwiegend nationalpolitischen und sozialen Charakter. Niemand denkt in Panama ernsthaft daran, etwa den Kanal nach kubanischen Vorbildern nationalisieren zu wollen. Ägypten hat zwar, allen Voraussagen zum Trotz, seinen Kanal zu verwalten gelernt. Aber Panama ist doch zu klein, um sich selbst diese Aufgabe und die noch viel größere der bald fälligen Erweiterung des Kanals für größere Schiffe und mehr Verkehr zuzutrauen.

Worum es allerdings geht, und worauf man in Washington negativ reagiert, ist die Forderung der gegenwärtigen Regierung Panamas, der theoretischen Souveränität des Staates in der Kanalzone praktisch Gestalt zu verleihen, die panamaischen und die nordamerikanischen Arbeiter gleichzustellen — was wiederum in den Bananenprovinzen nicht ohne Rückwirkung bleiben kann — und die Pachtsumme zu erhöhen. Bisher hat man in

Washington wenig wahrgenommen, was für ein Verständnis der sozialen und nationalpolitischen Imponderabilien der Situation in und um die Kanalzone zeugen würde. Zweifellos wirkt sich hier der Präsidentenwechsel unvorteilhaft aus. *Kennedy* hatte mit seiner „Allianz für den Fortschritt“ eine ganz neue Konzeption in die Lateinamerikapolitik der Vereinigten Staaten gebracht, sich von den rein privatwirtschaftlichen Vorstellungen der Entwicklungsmöglichkeiten in Lateinamerika distanziert, politische Akzente gesetzt, die die Anti-Yankee-Gefühle südlich des Rio Grande abzubauen geeignet waren. Sie beizubehalten ist für den Nachfolger *Kennedys* sicher nicht leicht. Der von ihm berufene Leiter der lateinamerikanischen Abteilung im Staatsdepartement hat jedenfalls nicht den Ruf, in den Spuren *Kennedys* zu wandeln. Dabei kommt es gar nicht darauf an, in Einzelfragen nicht etwa wohlverstandene Interessen der Vereinigten Staaten zu wahren, sondern darauf, in den Isthmus-Ländern das Gefühl zu wecken, daß ihre staatliche Persönlichkeit anerkannt wird, daß „eingeborene“ Arbeitskräfte in ihren Lebensrechten geschützt werden, auch wenn ihre gewerkschaftlichen Organisationen noch rudimentär sind, kurzum, daß Lateinamerika nicht mehr als koloniales Aktionsterrain für ellenbogenstarke Unternehmer aus den Staaten angesehen wird. *Rolf Reventlow*

Wirtschaft und Gewerkschaften in Bulgarien

Ein mehrwöchiger Aufenthalt in Bulgarien gab uns Gelegenheit, uns über die dortige Gewerkschaftsbewegung zu informieren, von der gleich gesagt werden muß, daß sie wie in allen Ostblockländern der andersartigen Gesellschaftsordnung angepaßt ist und daher mit den freien Gewerkschaften des Westens nicht auf derselben Ebene verglichen werden kann. Aber wie innerhalb des Ostblocks doch jedes Land in allem seine deutlich erkennbaren Besonderheiten aufweist, so lassen sich auch die Gewerkschaften der Ostblockländer keineswegs über den gleichen Kamm scheren. Nationale Eigenarten, geschichtliches Werden und vor allem der wirtschaftliche Entwicklungsgrad des Landes prägen ihnen unverkennbar ihren Stempel auf.

Im Fall Bulgarien ist maßgebend, daß das Land seit Kriegsende zwar einen fast hektischen Industrialisierungsprozeß durchlaufen hat und auch heute noch mitten in ihm steht, daß aber trotzdem der wirtschaftliche Hauptakzent auf dem Agrarsektor liegt. Nirgends ist uns dies so unmißverständlich zu Bewußtsein gebracht worden, wie gerade in unseren

Unterhaltungen mit den bulgarischen Gewerkschaftsführern.

Der bulgarische Gewerkschaftsbund, der heute 1,5 Millionen Mitglieder zählt, umfaßt zwölf Berufsverbände, deren stärkster mit 330 000 Mitgliedern nach wie vor der Verband der Land- und Forstarbeiter ist. Ihm gehören natürlich nur die auf den Staatsgütern tätigen Arbeiter an und nicht etwa die Riesenzahl der Genossenschaftsbauern, die in ihrer Gesamtheit eine noch viel größere Bodenfläche beackern als die Arbeiter der Staatsgüter. Den zweitstärksten Gewerkschaftsverband bildet dann mit 300 000 Mitgliedern der Verband der in der Lebensmittelindustrie Tätigen, von Arbeitern also, welche die von der Landwirtschaft gelieferten Produkte weiterverarbeiten. Diesen beiden Verbänden mit zusammen 630 000 Mitgliedern stehen im Bergbau und in der Schwerindustrie zusammen nur 400 000 Gewerkschaftler gegenüber. Der Rest der Gewerkschaftsbundmitglieder entfällt auf die übrigen Industrien und die öffentlichen Dienste. Da in Bulgarien der Organisationsgrad der Werkstätigen 95 vH beträgt, kann gesagt werden, daß rund ein Fünftel der Arbeiterschaft unmittelbar im Agrarsektor tätig ist und fast die Hälfte in der Landwirtschaft und in Industrien, die eng mit ihr zusammenhängen, ihre Produkte weiterverarbeiten oder sie mit lebenswichtigen Erzeugnissen (Traktoren, landwirtschaftlichen Maschinen, Dünger) versorgen.

Bulgarien hat zwar eine Reihe von Basisindustrien aufgebaut, Bergwerke, Kraftzentralen, schwerindustrielle Kombinate eingerichtet oder erweitert, es hat vor allem in den letzten Jahren im Rahmen der COMECON-Vereinbarungen eine Reihe von Spezialindustrien geschaffen, große chemische Werke, Werkzeugmaschinenfabriken, eine nicht nur als Lizenzträger arbeitende und mit ihren antibiotischen Präparaten den ganzen Ostblock beliefernde, sondern auch auf Grund eigener Patente Medikamente entwickelnde pharmazeutische Industrie. Aber noch ist die ganze Wirtschaft Bulgariens entscheidend bestimmt von seiner Landwirtschaft, deren Exporte einen Großteil der zum weiteren industriellen Aufbau erforderlichen Devisen einbringen. Bulgarien ist heute das erste Tomatenexportland der Welt, hinsichtlich des Tafeltraubenexports steht es unter allen Ländern an zweiter Stelle. Es beliefert in großem Umfang die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei und die DDR. Unter seinen Agrarexporten dominieren überhaupt Gemüse und Obst, daneben Tabak und Pflanzen für Riechstoffe oder diese selbst (Rosenöl, Lavendelöl). Was die Staatsgüter und Kolchosen an Erdbeeren, Kirschen, Aprikosen, Sonnenblumenöl auf den Markt bringen, ist in der Regel von recht guter Qualität. Hier wirkt sich eben

aus, daß die Bulgaren sozusagen ein Gärtnervolk sind. Alle großen und kleinen Gartenkulturen fanden wir liebevoll gepflegt, die vorhandenen reichen gärtnerischen Erfahrungen kommen heute den kollektiven großen Farmbetrieben im ganzen Land zugute. Die Kolchosen sind in den letzten Jahren zu leistungsfähigen, oft mehrere Dörfer umfassenden Riesenbetrieben zusammengefaßt worden, die eine rationelle Bewirtschaftung ermöglichen. In vielen Dörfern sahen wir eine stattliche Anzahl von neuen Häusern, äußerlich meist primitive, rohe Backsteinbauten, aber gut und neu möbliert und mit modernen Elektroapparaten ausgestattet. Vor allem die Waschmaschine ist ins bulgarische Dorf eingedrungen und hat dort das Leben der Frauen stärker revolutioniert als alle Gesetze, Reden und Broschüren.

Die Viehwirtschaft hat neben den Gartenkulturen geringere Bedeutung, aber sie läßt nicht nur einen starken Eierexport zu, sondern liefert dem Volk sein noch immer bevorzugtes Hauptnahrungsmittel, den Joghurt. Ein wichtiger Exportartikel ist auch der Wein, der freilich vielfach in den zentralen Kellereien des „Vinprom“ so „behandelt“ wird, wie dies mit den Qualitäts- und Reinheitsansprüchen westlicher Weinkenner unvereinbar ist. Die einzelnen Winzergenossenschaften, namentlich Südbulgariens, liefern ganz vorzügliche Weine, doch muß man sie an Ort und Stelle trinken, bevor das „Vinprom“ an ihnen seine Mixkünste ausläßt, auf die es seltsamerweise noch stolz ist.

Doch ungeachtet der dominierenden Stellung der Landwirtschaft, die im Zug der Spezialisierung innerhalb des COMECON immer stärker auf Obst- und Gemüsebau umgestellt wird, tritt Bulgarien heute auch schon als Exporteur industrieller Fertigwaren in Erscheinung. Der Aufschwung der Industrie resultiert schon aus der Tatsache, daß deren Produktion 1962 im Vergleich mit dem Vorjahr um 10,7 vH gestiegen ist. Das Produktionsprogramm konnte um eine Reihe von neuen Erzeugnissen erweitert werden (Fräs- und Bohrmaschinen, Drehbänke, 5-Tonnen-Krane, Elektrolokomotiven, Elektromotoren, Webstühle für Baumwollstoffe). In Stara Zagora wurde in diesem Sommer eine neue riesige Stickstoffdüngerfabrik dem Betrieb übergeben, mit deren Hilfe die Versorgung der bulgarischen Landwirtschaft mit Stickstoffdünger in den kommenden Jahren verdoppelt wird. Die Regionen von Sofia, Warna mit seinen Werften und den nahe gelegenen Zement- und Sodafabriken von Dewna Rieka, ferner Dimitrowgrad sind die wichtigsten industriellen Zentren des Landes. Leichtindustrien, Textilindustrie und Radioapparatebau haben sich in der alten Hauptstadt Tirnowo nördlich der Balkankette angesiedelt und namentlich in Südbulgarien sind mächtige Kraftwerke ent-

standen, welche die Elektrifizierung der Bahnstrecke Sofia—Plowdiw ermöglicht haben.

Der industrielle Export Bulgariens geht zum größten Teil nach den COMECON-Staaten und den Entwicklungsländern, doch sind bulgarische Elektrokarren auch nach Frankreich und der Bundesrepublik geliefert worden.

Der Blick auf Bulgariens Wirtschaft wäre nicht vollständig ohne Erwähnung des Fremdenverkehrs, der immer mehr zu einem wichtigen Devisenlieferanten wird. Wenn auch die Mehrzahl der Fremden heute noch aus den Ostblockländern mit gebundener Devisenwirtschaft kommt, so sind diese Ostdevisen für Bulgarien zur Bezahlung seiner Maschinen- und Rohstoffimporte doch wichtig genug. Im übrigen mehrt sich von Jahr zu Jahr, angelockt von den einzigartigen Reizen der Schwarzmeerküste, der Fülle ausgezeichneter moderner Hotels, den recht guten Straßen und der glatt spielenden Reiseorganisation des „Balkantourist“ auch die Zahl der aus dem Westen kommenden Feriengäste.

Die vorerst noch dominierende Rolle der Landwirtschaft, der rasche Aufbau großer Industriekombinate, die enge Zusammenarbeit im COMECON und die sich daraus ergebende Spezialisierung auf bestimmte Produktionen sind Faktoren, die das Wirken der bulgarischen Gewerkschaften entscheidend mitbestimmen. Wie in allen Ostländern sind sie eng mit dem Staats- und Parteiapparat verflochten und auch in allen wirtschaftlichen Gremien entsprechend vertreten. Bei der Beratung und Beschlußfassung über wirtschaftliche und soziale Fragen genießen sie volles Mitspracherecht. In ihrer Hand liegt die Überwachung der Anwendung aller Sozialgesetze in den Betrieben. Sie können von sich aus einzelne Arbeitsstätten und ganze Betriebe schließen, welche die Bestimmungen über den Arbeitsschutz nicht einhalten und die Beschwerden der Gewerkschaften in solchen Fragen ignorieren. Sie verwalten die Sozialversicherungseinrichtungen. Die regionalen Gewerkschaftsräte sind zudem die oberste Schiedsinstanz bei allen Konflikten zwischen den Betriebsleitungen und Belegschaftsangehörigen, die nicht innerhalb des Betriebs beigelegt werden können. Entlassungen von Arbeitern sind übrigens ohne ausdrückliche Zustimmung der zuständigen Gewerkschaftssektion nicht zulässig.

Angesichts der Tatsache, daß Bulgariens Industriearbeiterschaft als solche noch keine Tradition hat, obliegen den Gewerkschaften auf dem Gebiet der Arbeiterbildung, der allgemeinen und der beruflichen, große Aufgaben. Auch in Bulgarien ist nach einigem Zögern die Lern- und Weiterbildungsarbeit bei den breiten Massen angelaufen und hat heute ein erfreuliches Ausmaß erreicht. Ihr dienen Abendkurse, Fernunterricht, Fachschulen usw. Die Auslese der Arbeiter, die für solche Kurse

freigestellt werden oder andere Erleichterungen zum Zweck ihrer Weiterbildung zugesprochen erhalten, liegt in der Hand der Gewerkschaften. Diese sorgen auch mit besonderen Kursen innerhalb der Betriebe dafür, daß die in Weiterbildungsinstitutionen erworbenen zusätzlichen Kenntnisse in die Praxis der täglichen Betriebsarbeit eingebaut und daß sie von den besonders geschulten Arbeitern an ihre Kameraden weitergegeben werden.

Natürlich setzen sich die bulgarischen Gewerkschaften, wie diejenigen aller sozialistischen Länder, auch nachdrücklich für die Erfüllung der Produktionspläne, für die Steigerung der Produktion und der Arbeitsproduktivität ein. Sie halten den Arbeitern immer wieder vor, daß das der einzige Weg zur Erhöhung ihres Lebensstandards sei, der im Vergleich mit den vollindustrialisierten Ländern noch zurückliegt. Seit Kriegsende ist das Pro-Kopf-Einkommen von jährlich 100 Dollar auf 400 Dollar gestiegen. Das gesamte Sozialprodukt hat sich seit 1939 verzehnfacht, seit 1959 verdoppelt. Seit 1959 sind auch die Reallöhne um 40 vH gestiegen. 26 vH des Nationaleinkommens werden für Neuinvestitionen verwendet. Der gesetzliche Mindestlohn beträgt heute in Bulgarien monatlich 50 Lewa (1 Lewa = 3,90 DM). Der Durchschnittslohn beträgt 75 Lewa, einzelne Spezialisten, namentlich im Bergbau, erreichen Spitzenlöhne von 500 bis 600 Lewa je Monat. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Wohnungsmieten außerordentlich niedrig sind und in Form von verschiedenen gesellschaftlichen Leistungen (Gesundheitschenst, Sozialversicherungen, unentgeltlicher Schul- und Weiterbildungsunterricht, verbilligte Ferien in den Gewerkschaftsheimen, verbilligte Kantinenverpflegung in den Betrieben) ein ins Gewicht fallender Soziallohn gewährt wird.

Die Wochenarbeitszeit beträgt 46 Stunden, im Bergbau 36 bis 42 Stunden. In den ersten drei Arbeitsjahren gibt es 14 Tage bezahlte Ferien, später steigt der jährliche Ferienanspruch mit der Anciennität bis zu 25 Tagen an. Angestellte, die ohne Begrenzung der täglichen Arbeitszeit tätig sind, erhalten je Jahr 12 zusätzliche Tage bezahlte Ferien, Bergarbeiter grundsätzlich mindestens 30 Tage. Die Mutterschaftsversicherung garantiert der werdenden Mutter um die Zeit der Entbindung herum 120 vollbezahlte, arbeitsfreie Tage, später kann sie noch während acht Monaten bei ungeminderter Entlohnung mit verkürzter Arbeitszeit tätig sein, oder sie kann ein Jahr unbezahlten Urlaubs, währenddessen ihr Arbeitsplatz ihr gesichert bleibt, beanspruchen.

Für Bulgarien, das vor 20 Jahren noch ein wirtschaftlich und sozial rückständiges Land war, sind diese Regelungen recht fortschrittlich und sie haben natürlich dazu beigetragen, das heutige System fest in den Massen zu

verankern. Die Gewerkschaften sind nun interessanterweise dabei, die Genugtuung weiter Kreise über die erzielten sozialen Errungenschaften für eine charakterliche Erziehung zum Gemeinschaftsgeist, die sie „kommunistische Erziehung“ nennen, zu nutzen. Wie das gemacht wird? Auf unsere Frage erzählte man uns einige Beispiele, wobei offen zugegeben wurde, daß es sich dabei vorerst noch um vereinzelte, unter besonders günstigen Bedingungen unternommene Experimente handelt. So werden in einer Fabrik am Zahltag die Löhne nicht mehr den Arbeitern einzeln ausgehändigt, der Lohnbuchhalter legt Lohnbuch und Gesamtlohnschuppe auf einen Tisch, jeder Arbeiter sieht im Lohnbuch nach, wieviel ihm zusteht, quittiert den Betrag, nimmt das Geld und geht nach Hause. Bisher habe diese „Selbstbedienungs-Lohnzahlung“ tadellos funktioniert, es sei nicht die geringste

Mogelei vorgekommen. In einem anderen Betrieb wurde ein analoges Verfahren bei der Kantinenkasse angewandt, und nur an einem einzigen Tag hätte eine geringe Summe bei der Abrechnung gefehlt und auch diese sei anderntags wieder in der Kasse aufgetaucht, nachdem der Vorfall im Betrieb bekanntgegeben worden war. Diese Versuche einer „kommunistischen“ Erziehung, so vereinzelt sie auch noch sind, erscheinen uns interessant genug, um mitgeteilt zu werden. Ob, wann und in welchem Umfang sie verallgemeinert werden können, bleibt natürlich der Zukunft vorbehalten. Sollte es aber den bulgarischen Gewerkschaften gelingen, daraus auch nur in bescheidenem Ausmaß eine Dauereinrichtung zu machen, so würden sie damit einen bemerkenswerten Beitrag zur Sozialerziehung der Menschen leisten.

Walter Gyssling (Zürich)